



vom 21. August 2025



Muss es eigentlich Reiche geben?

Erst gestern habe ich wieder einen ausführlichen und auch gut begründeten Artikel gelesen, wie ungerecht es doch sei, dass manche schuften müssen, bis zum Umfallen, aber trotzdem nicht auf den sprichwörtlichen grünen Zweig kommen, während andere nichts tun, als die Dividende auf den Inhalt ihres Aktiendepots entgegen zu nehmen.

Verbrämt war der Artikel mit Aussagen dazu, dass viele Aktionäre deutscher Aktiengesellschaften im Ausland sitzen, viele Deutsche also letztlich für das Einkommen dieser Ausländer arbeiten, die dafür nichts zu tun brauchen. Den Link auf diesen Artikel finden Sie am Ende dieses Artikels.

Ich kann mich erinnern,

dass ich vor 15, 20 Jahren in diesem Zusammenhang mit dem Begriff des „nicht leistungsadäquaten Einkommens“ hantiert habe, das einerseits deutlich weiter gefasst ist als das „leistungslose Einkommen“, andererseits vermeidet, eine totale Leistungslosigkeit zu unterstellen, die zumeist eben auch nicht gegeben ist. Ich kann mich auch erinnern, die im Vergleich zur Einkommensteuer (wozu auch die Lohnsteuer gehört) niedrige Besteuerung von Kapitaleinkünften gerügt zu haben und zudem eine Vermögenssteuer bei einem Freibetrag von 1 Milliarde gefordert zu haben, die mit 7% auf alles erhoben werden sollte, was diesen gewaltigen Freibetrag übersteigt. Dazu kamen dann allerdings Vorschläge zur Geldversorgung, die so manche durch Geldmangel entstehenden Missstände hätten beheben sollen, wie z.B. die Tatsache, dass fünf arbeitslose Dachdecker auf der Parkbank sitzen, während es in die Schule ihrer Kinder hineinregnet, und das nur, weil der Bürgermeister kein Geld mehr hat. Warum auch immer.

Dies alles will ich heute nicht noch einmal aufwärmen, ich will nur daran erinnern, dass ich durchaus immer noch einen Hang zum Sozialen habe, wenn auch nicht zum Sozialismus.

Mit dem heutigen Paukenschlag möchte ich lediglich alle, die allzu rührselig auf die Not hier und den Reichtum dort hinweisen, und dabei an Enteignung, wenn nicht gar Schlimmeres denken, mit einigen Gewissheiten konfrontieren, die man kennen sollte, bevor man mit den Reichen allzu hart ins Gericht geht.

Ich behaupte heute:

**So sehr man das Handeln vieler wirklich Reicher
auch zu Recht missachten mag:**

**Ohne diese fürchterlichen, gewissenlosen, gierigen Figuren
funktioniert es nicht.**

Es gibt eine hübsche Geschichte, die fast jedem schon einmal begegnet ist.

Da sitzt ein Angler mit seiner Angel am Ufer, um einen Fisch fürs Abendessen zu fangen. Ein Ratgeber kommt vorbei und erzählt ihm, wie er reich werden könne. Er müsse nur zuerst mehr Fische fangen und verkaufen. Das Geld müsse er sparen, dann könne er sich ein Boot kaufen, und Netze, und noch mehr Geld verdienen, davon wiederum am Ende ein Fang- und Verarbeitungsschiff erwerben, überall im Land könne er dann Läden eröffnen, wo sein Fisch verkauft wird, usw.

Der Angler fragt, warum und wozu. Der Ratgeber: „Nun, dann könnten Sie sich zurückziehen und hätten Zeit und Ruhe, um am Ufer zu sitzen und zu angeln.“

Der Angler: Genau das tue ich doch.

Was ist das doch für eine tolle Geschichte!

Glücklich ist, wem es genügt, von der Hand in den Mund zu leben.

Was ist das doch für ein Unfug!

Richtig begeistern kann sich dafür nur, wer sich im Bürgergeldbezug eingerichtet hat, sich darauf verlassen kann, dass die gute Fee, die ihm die Wohnung kostenlos zur Verfügung stellt und auch alles an Geld bereitstellt, was man notwendigerweise zum Leben braucht, mit ihren Wohltaten nie, nie, niemals aufhören wird.

Selbst wenn man das Märchen erweitert, und davon ausgeht, dass der Angler sich auch aus Ästen und Zweigen eine Hütte für die Nacht gebaut hat, dass er sich nicht nur von Fisch ernährt, sondern auch Beeren und Früchte pflückt, dass er sich aus Bast ein Röckchen bastelt, um seine Blöße zu verbergen, dass er tief im Wald eine Quelle kennt, von der er trinkt: Er verhält sich damit nicht wie ein Mensch, sondern wie ein wildes Tier, das gerade genug damit zu tun hat, sich selbst zu ernähren und zu erhalten.

Das Wesen menschlicher Gesellschaften besteht aber im arbeitsteiligen, kooperativen Wirtschaften.

Dabei wird von den Ökonomen stets der Aspekt der Spezialisierung in unterschiedliche Gewerke genannt, was die höhere Produktivität und den höheren Wohlstand einer solchen Gesellschaft hervorbringt.

Ich möchte einen weiteren Aspekt betonen, nämlich den der Einbindung von Hilfskräften in den Produktionsprozess.

Wer selbst schon einmal auf einer Leiter gestanden hat, weiß, wie angenehm es ist, wenn unten ein Helfer steht, der an der eigentlichen Arbeit nicht beteiligt ist, aber dem auf der Leiter die Dinge reicht, die er für seine Arbeit oben braucht. Statt immer wieder von der Leiter hinunter und wieder hinauf zu steigen, kann der auf der Leiter kontinuierlich arbeiten und schafft so ein Vielfaches von dem, was er alleine schaffen würde, und manche Arbeit lässt sich auch vom größten Meister nicht erledigen, wenn nicht ein Helfer dabei ist, der ihm zum Beispiel beim Tragen von Gegenständen hilft, die er alleine nicht bewegen könnte.

Diese Aufgabenteilung finden wir praktisch in jedem Handwerksbetrieb, doch selbstverständlich gibt es sie auch im Büro. Klassisches Beispiel: Chef und Sekretärin. Sie schaufelt ihn von allen Routinearbeiten frei, organisiert seinen Tag über den Terminkalender, fängt den Großteil der Telefonate ab, sortiert ihm die Post – und kocht auch Kaffee.

Er hat den Kopf frei, für das was er kann. Denken, planen, entscheiden.

Wer mag an dieser Stelle bereits aufjaulen, weil sich da eine Hierarchie zeigt, ein ausbeuterisches Herrschaftsverhältnis?

Nun, die Kritik im oben angesprochenen Artikel richtete sich scheinbar gar nicht dagegen, dass der Chef mehr verdient als die Sekretärin, der Dachdeckermeister mehr als sein Helfer, sondern dagegen, dass es Reiche gibt, die nur ihr Geld geben, und sonst nichts, dafür aber den Gewinn eines Unternehmens kassieren, der doch eigentlich den Mitarbeitern aller Gehaltsklassen zustünde.

Natürlich ist da etwas dran.

Ich erinnere mich, dass ich vor 10, 15 Jahren vorgeschlagen habe, die Gesellschaftsform der Kapitalgesellschaften aufzulösen, gerade eben weil letztlich anonyme Aktionäre ohne jegliche Verantwortung für das Verhalten der Gesellschaft, an der sie beteiligt sind, wohl aber über ihre Stimmrechte erheblichen Einfluss auf eben dieses Verhalten ausüben können, dazu neigen, für ihren persönlichen Gewinn alle ethischen Grundsätze ehrbarer Kaufleute über Bord zu werfen.

Man möge sie für alle Aktivitäten der Gesellschaft gesamtschuldnerisch in Haftung nehmen, und wer dies nicht auf sich nehmen will, dessen Anteile sollen

in Kredite umgewandelt werden, die von der Gesellschaft regelmäßig zu bedienen sind, wie ein Bankkredit.

Eine solche Regelung würde helfen, gerade die schlimmsten Auswüchse der Geschäftspolitik zu verhindern, die nicht selten hart am kriminellen Handeln angesiedelt sind und manches Mal diese Grenze auch überschreiten.

Es würde zugleich auch helfen, Börsenspekulationen zu minimieren, weil die Zahl derjenigen, die tatsächlich noch Aktien halten und damit in die Haftung gehen, sehr stark zurückgehen würde.

Es würde allerdings nichts daran ändern, dass große unternehmerische Pläne zu ihrer Umsetzung Kapital benötigen. Wer hätte die ersten Eisenbahnen in den USA gebaut, hätten nicht „Reiche“ ihr Geld zusammengelegt und den Schienenbau und die Züge bezahlt?

Wer kann eine große Chipfabrik auf die grüne Wiese setzen, wenn niemand bereit ist, die 10 Milliarden aufzubringen, die ausgegeben werden müssen, bevor die erste Charge durch die Endkontrolle läuft?

Klar, ganz so ist es nicht (mehr).

Unternehmen werden heutzutage in der Regel erst dann an die Börse gebracht, wenn sie bereits produktiv und wirtschaftlich erfolgreich sind. Wenn die Eigentümer ihr Eigentum also in Geld umwandeln wollen, oft wiederum, um frisches Geld für Erweiterungen oder neue Projekte einzusammeln. Aber neben der Regel gibt es immer noch die Ausnahmen, und manche Aktiengesellschaft hat bei der Erstemission ihrer Aktien noch keinen einzigen Cent verdient.

Irgendwo muss das Geld dafür herkommen.

Der geniale Erfinder, der seine Idee nicht umsetzen kann, weil ihm dafür schlicht und einfach die Millionen fehlen, wird von seiner Hausbank lächelnd nach Hause geschickt. Viel zu riskant! Wer weiß, ob das funktioniert? Wer weiß, ob sich überhaupt Käufer dafür finden? Und selbst, wenn alles funktionieren sollte, wer weiß, ob nicht irgendwo auf der Welt ein Konkurrent an der gleichen Idee arbeitet und den Markt beherrschen wird, bevor die Investitionsmillionen überhaupt eine Rendite abwerfen?

Also muss er seinen Traum entweder beerdigen, oder sich auf die Suche nach Risiko-Kapital machen. Das haben nun einmal die Reichen. Niemand sonst. Höchstens noch der Staat, aber der ist allenfalls an Innovationen auf dem Rüstungsgebiet interessiert, und auch da gehört er eher nicht zu den Ersten, die bereit sind Geld zu geben.

Es ist nun müßig, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wie die Reichen an ihr Geld gekommen sind. Ja, da gibt es Dynastien von Kriegsgewinnlern, es gibt Familien, die in einem Innovationszyklus zu den Ersten und Erfolgreichen gehörten, sich zum Beispiel in der Ölindustrie ein Milliardenvermögen zusammenverdient haben. Es gibt die neuen High-Tech-Milliardäre, die im richtigen Augenblick mit dem richtigen Produkt am Markt waren. Es gibt die Banker, die sich mit geschickter Geschäftspolitik riesige Vermögen aufgebaut haben. Bankräuber und Lottogewinner sind aber sicherlich nicht darunter.

Es ist egal.

Die Frage ist nur: Wer hat das erforderliche Geld, und wer ist bereit, es einzusetzen?

Der geniale Erfinder ist am ehesten bereit, dem Geldgeber eine hohe Gewinnbeteiligung anzubieten. Da sind 20, 30 oder gar 50 Prozent keine Seltenheit. Denn der geniale Erfinder, der hofft eine Milliarde Gewinn einzufahren, nimmt am Ende lieber die halbe Milliarde für sich, als sein Produkt nie auf den Markt bringen zu können.

Man kann ihm eigentlich auch nicht ernstlich davon abraten, sich auf eine solche Gewinnbeteiligung einzulassen. Sonst wird das halt nichts, mit seiner Idee.

Auch dann, wenn der geniale Erfinder ein großer Menschenfreund ist und gar keinen Gewinn erzielen will, sondern den gesamten Ertrag seiner Idee über Löhne und Gehälter seinen Mitarbeitern zukommen lassen will, wenn er also einem möglichen Geldgeber keinerlei Gewinn in Aussicht stellen sollte, würde er keinen Geldgeber finden. Selbst wenn das Risiko, das Geld zu verlieren, vernachlässigbar gering wäre: Warum sollte er es hergeben, wenn ihm daraus keine Rendite zustehen soll?

Wenn wir den genialen Erfinder für einen Augenblick verlassen, und uns dem großartigen und erfahrenen Elektronik-Spezialisten zuwenden, der im Unternehmen des genialen Erfinders angestellt ist, dann ist seine Situation im

Grunde nicht anders. Um sich selbst einen perfekt eingerichteten Arbeitsplatz einzurichten, an dem er sein Wissen und Können nutzen kann, bräuchte er wahrscheinlich einige hunderttausend Euro. Die hat er nicht. Und wenn er sie hätte, bräuchte er mindestens einen Kunden, der seine Experimente zur Optimierung von elektronischen Schaltungen in Auftrag gibt und bezahlt. Da müsste er sich Zeit nehmen, um zu akquirieren, zu verhandeln, am Ende Rechnungen zu schreiben, Buch zu führen, Steuern pünktlich abzuführen, usw.

Indem er sich als Angestellter beschäftigen lässt, verzichtet er durchaus auf einen Teil des Ertrags seiner Arbeit, aber dafür kann er sich voll seiner Arbeit widmen, trägt ein weitaus geringeres Risiko, und hat kein eigenes Geld aufbringen müssen, um sich einzurichten.

Sie sehen das Risiko nicht? Die Statistiker wissen:

- Etwa 20% der Unternehmensgründer scheitern bereits im ersten Jahr.
- Etwa 50% der Neugründungen sind nach fünf Jahren nicht mehr am Markt.
- Etwa 30% überleben die ersten zehn Jahre.

Ein gescheiterter Gründer hat in der Regel sein eingesetztes Kapital verloren, hat zudem Jahre seines Lebens an diesen Versuch vergeudet, von dem am Ende in den meisten Fällen nur ein Berg von Schulden übrig bleibt.

Das setzt sich so fort bis zur Küchenhilfe in der Betriebskantine. Ganz abgesehen davon, dass man sich als Kartoffelschälerin kaum selbständig machen kann, wird auch ihr der Arbeitsplatz, der sie überhaupt erst befähigt, eine Leistung zu erbringen, zur Verfügung gestellt, und über Auftragsmangel wird sie auch nicht klagen müssen. Der Kantinenchef sorgt schon dafür, dass sie immer Arbeit hat.

Um es hier noch einmal festzuklopfen:

Der geniale Erfinder, der perfekte Elektroniker und auch die Küchenhilfe können überhaupt nur ihre Leistung erbringen, weil andere das notwendige Kapital zur Verfügung gestellt haben. Ohne Kapital könnten sie das, was in ihren Fähigkeiten steckt, gar nicht verwirklichen.

Bitter. Ja.

Die Reichen werden dabei immer reicher. Ja.

Aber wo wäre die Alternative?

Der Kommunismus unterscheidet sich nicht vom Kapitalismus, was die Notwendigkeit der Kapitalbereitstellung betrifft.

Der Unterschied liegt lediglich in der Entscheidungsfindung. Im Zweifel entscheidet der Chef des Zentralkomitees der KP ganz alleine über einen Zehnjahresplan, der die Aktivitäten einer gesamten Volkswirtschaft bis ins kleinste Detail für zehn Jahre festlegt.

Abgesehen davon, dass alleine der Plan nicht frei von Fehlern sein kann, sind sowohl Reaktionen auf unerwartete Ereignisse kaum möglich, es wird dadurch auch die Innovationskraft gelähmt. Was nicht im Plan steht, kann auch nicht erfunden werden, was nicht im Plan steht, kann auch nicht verbessert werden.

Alle diesbezüglichen Experimente sind misslungen. Erst wenn der Kommunismus marktwirtschaftliche Prinzipien entwickelt und wirken lässt, kann eine gute Führung Erfolge feiern. Das bedeutet aber nicht, dass die Beschäftigten ein größeres Stück vom Kuchen abbekommen könnten. Die Notwendigkeit, gegen den kapitalistischen Westen konkurrenzfähig zu werden und zu bleiben, erfordert meistens deutlich niedrigere Löhne. Sieht man genauer hin, dann bilden sich auch in kommunistischen Volkswirtschaften so genannte „Reiche“ heraus, denen ohne adäquate Leistung deutlich größere Kuchenstücke zufallen.

In der Marktwirtschaft treffen Millionen Menschen unabhängig voneinander laufend neue Entscheidungen und versuchen dabei, jeweils für sich das Optimum zu erreichen.

Doch, doch! Selbst die Küchenhilfe kann für sich entscheiden, von der Betriebskantine in die Gastronomie zu wechseln und dort, statt tagsüber Kartoffeln zu schälen, an jedem Abend bis nach Mitternacht an der großen Spülmaschine zu stehen. Egal ob ihr die Nase des Kantinenchefs nicht mehr passt oder weil ihr der Restaurantbetreiber pro Stunde einen Euro mehr bezahlt.

Der Kantinenchef kann entscheiden, eine größere, weitgehend automatisierte Kartoffelschälmaschine anzuschaffen oder aber überhaupt nur noch bereits gewaschene und geschälte Kartoffeln einzukaufen, was übers Jahr und unter dem Strich etwas weniger kostet als es bisher kostete, die Küchenhilfe mit Kartoffelschälen zu beschäftigen.

So regeln sich, bis in die unterste Ebene die Dinge jeweils vor Ort schnell und unbürokratisch so, wie es jeweils für günstig gehalten wird.

Sprechen wir von den Reichen nicht mehr als bloße Spekulanten, die sich damit beschäftigen, anhand von Börsenbriefen, wundersamen Charts mit Trendaussagen und ähnlichem Hokuspokus Unternehmensanteile an der Börse zu handeln, um einen möglichst hohen Börsenwert im Depot zu halten, sondern von jenen Großaktionären, die sehr viel langfristiger denken und planen, dann wird deutlich, dass diese durchaus sehr intensiv „arbeiten“, um wirklich herauszufinden, wo neue Chancen liegen und wo sich Risiken auftun, die zu Umschichtungen im Vermögen führen sollten. Große Vermögensverwalter und Investmentbanken beschäftigen Heerscharen hochintelligenter Leute, die ihre Intelligenz ohne das Kapital, für das sie arbeiten, auch nicht einsetzen könnten, um auch nur annähernd die Transaktionen durchführen zu können, die sie tagtäglich durchführen.

Die Sonnenseite des Kapitalismus, die ich bis hierher angerissen habe, ist allerdings nicht alles, worüber zu sprechen ist. Es gibt auch Schattenseiten, die durchaus bedenklich stimmen müssen.

Das größte Übel scheint dabei die Macht zu sein, die mit dem Geld einhergeht und weit über den reinen wirtschaftlichen Bereich hinaus in die Politik und über die Politik in praktisch alle Lebensbereich der Menschen hineinwirkt.

Was in den USA längst Standard ist, dass nämlich die Reichsten mit ihren Milliarden die Wahlkämpfer finanzieren, und wer keinen reichen Sponsor im Rücken hat, gar nicht erst anzutreten braucht, wird auch hierzulande allmählich zur Normalität. Große Parteispenden sind ja nur eine Auswirkung, die Stimmungsmache der Medien für oder gegen Parteien ist eine fast noch wichtigere Einflussgröße. NGOs, von Regierungen und Philanthropen finanziert, die Regierungspropaganda unterstützend, gehören ebenfalls zur Machtausübung. Hinzu kommen langsam auch „alternative“ Medien, die von Reichen finanziert werden, um bestimmte ideologische Strömungen zu verbreiten.

Es ist klar: Die Reichen sind es, die das Regierungshandeln in hohem Maße mitbestimmen.

Der kleine Wähler kann sowieso nur noch das wählen, was ihm von den Parteien vorgesetzt wird. Einen Einfluss auf das Regierungshandeln hat er nicht – außer er geht auf die Barrikaden, und auch dann ist der Erfolg eher unwahrscheinlich.

Man könnte versuchen, das zu ändern. Sicher ist dabei lediglich, dass diese Versuche scheitern werden.

Auch Politik ist nur das, was im ungeschriebenen Vertrag zwischen Kapital und Politikern an Gestaltungsspielraum für die Politik vereinbart wird. Wer sich nicht daran hält, wird nicht gewählt, bzw. nicht wiedergewählt. Bestenfalls.

Das ist nicht Resignation.

Das ist der Schritt zur Akzeptanz der Realität, an der alle Wunschträume von Gleichheit und Gerechtigkeit zerplatzen müssen.

Der Mensch ist nun einmal ein „staatenbildendes Wesen“. Alleine auf sich gestellt, ist er verloren, oder zumindest unbedeutend und irrelevant.

Im Staat, in der Gesellschaft, sind Hierarchien unvermeidlich. Anarchie funktioniert nur in kleinen Stammesgesellschaften, und selbst da nicht.

Die Spitze einer Hierarchie braucht ein Maß an Macht, das ausreicht, um alles, was sich unter dieser Spitze befindet, zu überstimmen.

Macht beruht entweder auf der Fähigkeit, genug Geld bereitstellen zu können, um die eigenen Pläne verwirklichen und andere unterbinden zu können, oder darauf, nackte physische Gewalt gegen jedermann ausüben zu können, und selbst diese Fähigkeit ist noch davon abhängig, den notwendigen Repressionsapparat finanzieren zu können.

Wen wundert es also noch, dass es die Reichen sind, die bestimmen, wo es lang geht, und wen wundert es noch, dass da, wo man die Reichen in ihrer Macht beschneidet, sich allmählich das Chaos breit macht, weil niemand mehr stark genug ist, zu bestimmen, wo es lang gehen soll?

Natürlich hat man versucht, die Macht der Reichen mit Gesetzen zu beschränken. Geholfen hat es nichts.

Natürlich hat man versucht, die Macht der Reichen zu begrenzen, indem man die Sozialbindung des Eigentums ins Grundgesetz geschrieben hat. Geholfen hat es nichts.

Alle Versuche, Reiche zu enteignen, sind gescheitert. Nicht, dass es nicht gelungen wäre, Reiche zu enteignen. Es musste nur festgestellt werden, dass nach einer Weile doch wieder neue Reiche aufgetaucht sind, und etliche von den alten Reichen auch wieder reich geworden waren.

Es geht nicht ohne die Reichen.

Es kann nur darum gehen, in den Verhandlungen über den Anteil der Reichen am Ertrag der Volkswirtschaft, Stärke zu zeigen und dabei auch ins Risiko zu gehen.

Diese Aufgabe wurde einst von den Gewerkschaften wahrgenommen, auch Ständevertretungen haben dabei Erfolge errungen, die Beamtschaft, die es nicht mit den Reichen, sondern mit den Steuerzahlern zu tun haben, sowieso.

Es sieht aber so aus, als seien die Beschäftigten noch zufrieden genug, mit dem Anteil, der ihnen zugestanden wird, sowohl in Bezug auf die Kaufkraft der Löhne als auch in Bezug auf ihre Altersversorgung. Zufrieden genug, um nicht auf die Barrikaden zu gehen. Zufrieden genug, um nicht den Verlust der Arbeit zu riskieren.

Wenn sich da kluge Köpfe mit einem Doktor in Soziologie in der Frage verlieren, wie mehr Gerechtigkeit aussehen müsste, hilft das keinen Schritt weiter.

Die Reichen sind immer genau so reich, wie es die weniger Reichen und die Armen zulassen. Nicht umgekehrt.

Es ist der technische Fortschritt, der uns dahin gebracht wird, dass immer weniger menschliche Arbeit benötigt wird, um immer größere Leistungen hervorzubringen.

Es ist von daher das logisch nachvollziehbare Kalkül der Reichen, sich zu fragen, wie viele Menschen überhaupt noch benötigt werden, um ihre Bedürfnisse, die Bedürfnisse der Reichen, zu befriedigen, weil alle, die darüber hinaus die Welt bevölkern, im Grunde sinnlos mitgeschleppt werden, und dabei nur wertvolle Ressourcen verbrauchen und die Umwelt verschmutzen.

Das ist der Punkt, mit dem sich die Menschheit in den nächsten Jahren intensiv auseinandersetzen muss.

Die rückgängigen, nicht zur Bestandserhaltung ausreichenden Geburtenraten in den meisten entwickelten Ländern lassen vermuten, dass viele Menschen bereits bewusst oder unbewusst, aufgrund von vermeintlichen Sachzwängen oder aus freien Stücken daran mitarbeiten, die Weltbevölkerung zu schrumpfen.

Andererseits zeigen China und Indien, dass aus je über einer Milliarde Menschen eben auch weit mehr Spitzenforscher und -Wissenschaftler hervorgehen, Arbeiter und Soldaten übrigens auch, als aus einem Staat mit nur 80 Millionen Einwohnern.

Betrachtet man Deutschland unter dem Aspekt der Trennung von Nützlichen und Unnützen, könnte man zu dem Schluss kommen, sich in einem großen Laborversuch zu befinden, mit dem Ziel, exakt den Knackpunkt zu finden, an dem die Versorgung der Reichen noch sichergestellt ist, während der Rest der Bevölkerung allmählich verschwindet.

Dann nämlich wäre die so genannte Wiedervereinigung, mit der Einschleusung von 17 Millionen Menschen, für die erst einmal kein Bedarf bestanden hat – sie waren ja nur für den Ostblock wichtig – ein erster Schritt zu Belastung der Solidarsysteme, einschließlich der Staatsfinanzen.

Und siehe da, die alte Bundesrepublik hat diesen Zuwachs tatsächlich noch verkraftet. Wenn auch mit Schmerzen, was dann Schröder dazu veranlasst hat, einen radikalen Kahlschlag, insbesondere im Bereich der Arbeitslosenversicherung vorzunehmen, mit dem Erfolg, das rund 6 Millionen Menschen dauerhaft als arbeitslos oder massiv unterbeschäftigt gezählt wurden und dabei mit Hartz IV deutlich weniger Transferleistungen erhalten haben als vorher. Es hat sich auch gezeigt, dass alle Maßnahmen, die unter dem Etikett „Fordern und Fördern“ angestoßen wurden, in Bezug auf die Beschäftigungslage keinen Erfolg gezeigt haben.

Aber noch konnten die Renten bezahlt werden, noch reichten die Beiträge zur Krankenversicherung, um das Gesundheitswesen aufrecht zu erhalten.

Also hat Angela Merkel mit der Öffnung Deutschlands für Migranten aus aller Herren Länder eine kaum exakt zu benennende Zahl von Menschen in die deutschen Sozialsysteme eingeschleust, was von den Beschäftigten über ihre

Steuern und Beiträge gestemmt werden musste, während gleichzeitig die Belastung durch steigende Mieten auf einem ausverkauften Wohnungsmarkt zu einer deutlichen Wohlstandsvernichtung beigetragen hat.

Dann wurden wir mit dem Rückbau der Kernenergie, dem Umstieg auf Erneuerbare und den gegen Deutschland gerichteten Russland-Sanktionen von preiswerter Energie abgeschnitten und während der Corona-Pandemie einem Duldsamkeitstest unterworfen. Zugleich ging es der Meinungsfreiheit an den Kragen, was zweifellos die Herausbildung eines organisierten Widerstandes ganz erheblich erschwert hat.

Wäre es also ein Experiment, müsste man konstatieren, dass sich in der laufenden Stufe dieses Experiments das Kapital Stück für Stück aus Deutschland zurückzieht und damit die Zahl der Nützlichen in der Bevölkerung noch weiter zurückgeht. Das BIP – sowieso als Messgröße der Wirtschaftskraft ungeeignet – schrumpft tatsächlich, die Sozialkassen leeren sich schneller als nachgefüllt werden kann, der Bundeshaushalt wird mit Schulden so weit überzogen, dass es kracht. Viele Deutsche verlassen das Land, um anderswo Arbeit und Auskommen zu finden.

Wir nähern uns allmählich jener Grenzlinie, an der der Staat nicht mehr in der Lage sein wird, die Versorgung aller Bürger mit dem Überlebensnotwendigen zu gewährleisten.

Sollte es sich um ein Experiment handeln, müsste die spannende Frage der Beobachter an dieser Stelle wohl lauten: Wie vollzieht sich der Zusammenbruch?

Geht die Gesellschaft unter in Faustrecht und Kriminalität, oder spaltet sie sich nur unbarmherzig in Nützliche und Unnütze, wobei die Unnützen relativ schnell untergehen, die Alten und Kranken zuerst, während die Nützlichen bald für sich neuen Wohlstand entwickeln?

Oder findet die Gesellschaft vielleicht sogar einen neuen Zusammenhalt, eine neue Solidarität, wenn auch auf deutlich niedrigerem Wohlstandsniveau?

Egal, ob nun gewolltes Experiment oder nur das, was sich zwangsläufig so entwickelt hat:

Wir werden das Ergebnis vermutlich im Laufe der nächsten zehn Jahre selbst noch miterleben.

Ob es ohne die Reichen anders gelaufen wäre?

Natürlich wäre es anders gelaufen. Ganz anders.

Ob es allerdings besser gelaufen wäre?

Eher nicht.

Link zum Artikel [„Leistungslos abkassieren“](#) bei Multipolar.